

Ehrenvolles Tripel-Präsidium der SP

Mit Simonetta Sommaruga als Bundespräsidentin, Stéphane Rossini als Nationalrats- und Claude Hêche, als Ständeratspräsident prägen drei Persönlichkeiten der SP die wichtigsten Institutionen unseres Landes.

Bundesrätin Simonetta Sommaruga will in ihrem Präsidialjahr den Schweinwerfer auf die direkte Demokratie richten und auch die politische Kultur in der Schweiz stärken. „Kompromisse sind Ausdruck von Stärke und nicht von Schwäche, ohne Kompromisse gibt es keine Konkordanz“ so ihre Worte bei ihrer Wahl zur Bundespräsidentin für das Jahr 2015. Auch der Kantonsrat Schaffhausen, mit Blick auf die Budgetdebatte, täte gut daran, sich diese Worte zu Herzen zu nehmen.

Die Energiewende ist nicht mehr aufzuhalten

Die nationalrätliche Kommission hat eine gut abgestimmte Energievorlage erarbeitet. Die Monsterdebatte im Nationalrat hat bisher gezeigt, dass die geschmiedeten Kompromisse halten. Wie Dinosaurier bäumten sich die Gegner der Vorlage noch ein letztes Mal wortgewaltig dagegen auf. Doch mit jeder Abstimmung wurde es deutlicher: Die Energiewende ist nicht mehr aufzuhalten. Der Atomausstieg ist beschlossene Sache, das Abschalten der AKW lässt aber auf sich warten. Statt Laufzeitbeschränkungen können die AKW-Betreiber nach Ablauf der Betriebsbewilligung alle zehn Jahre mit einem Langzeitkonzept verlängern. Die Uralt-AKW können damit noch mehrere beunruhigende Jahrzehnte am Netz bleiben. Doch ob Befürworter oder Gegner, alle müssen in der Energiedebatte irgendwo Federn lassen, um ihre wichtigsten Ziele trocken unter Dach zu bringen. So auch die Gegner der intensiveren Nutzung von Kleingewässern. Entscheidend ist, dass die Schalter jetzt aber tatsächlich auf „Energiewende“ umgelegt wurden. Einige haben wohl endlich gemerkt, dass dadurch auch gutes Geld in abgelegene Regionen getragen wird.

Solide Allianz der grossen Parteien ist spürbar

Die Energiedebatte zeigt eindrücklich, wie gute Kommissionsarbeit Früchte tragen kann. Ein Jahr hat die Kommission hinter verschlossenen Türen gearbeitet. Kluge Köpfe brachten immer wieder neue Lösungsansätze ein. Konstruktiv wurden diese auf ihre Tauglichkeit geprüft. Kompromisse schmieden und diese dann auch ins Ziel zu führen, ist eine anspruchsvolle politische Aufgabe. Einzelmasken stehen nicht im Rampenlicht, im Fokus ist einzig das Ziel. Verhandlungsbereitschaft und später viel Disziplin im Abstimmungsverhalten ist das Erfolgsrezept. Die Energiewende wie sie bisher im Nationalrat beraten wurde, ist ein politisches Meisterstück!

Syrische Kulturgüter auf Abwegen

Ein Nebenschauplatz der Wintersession bewegte den Kulturgüterschutz. Die Schweiz ist ein wichtiger Handelsplatz für Kulturgüter. In Syrien herrscht seit Jahren Bürgerkrieg. Im Kriegsgebiet werden gezielt Kulturgüter zerstört, um die Identität des Volkes zu schwächen. Noch schlimmer, die IS Kämpfer finanzieren sogar mit Raubkunst ihren Krieg. Glücklicherweise konnte jetzt ein Handelsverbot für syrische Kulturgüter erwirkt werden. Erstaunlich nur die vielen Gegenstimmen, die diesem Treiben nicht Einhalt gebieten wollten!

Aus der gleichen Ecke wurde nur wenige Tage zuvor das Barzahlungsverbot für Beträge von über 100'000 Franken bekämpft. Selbst der Kompromissvorschlag, der für hohe Barzahlungsbeträge wenigstens eine Sorgfaltspflicht verlangte, wurde versenkt. International droht der Schweiz wegen dem laschen Geldwäschereigesetz ein Reputationsschaden. Wessen Interessen nur vertreten Politiker, die solche Entscheide fällen?

Sessionsforum SN, 6.12.2014; Martina Munz, Nationalrätin

Der Entscheid der WBK (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur) eine Kommissionsinitiative zur Sprachenfrage

Sparen à la Bürgerlichen

Auch der Bund muss sparen. Die Ausgabedisziplin ist allerdings auch im Nationalrat brüchig, wenn es um den eigenen Topf geht. Die Bürgerlichen beantragten Querschnittskürzungen beim Budget. Doch die NZZ titelte: „Bürgerliche auf Abwegen“. Trotz bürgerlichen Sparmassnahmen gelang den Bauern sogar eine Aufstockung der 2,7 Milliarden Franken Direktzahlungen um 87 Millionen Franken. Mehr Geld gibt es auch für Ausfuhrhilfen landwirtschaftlicher Produkte, dem sogenannten Schoggigesetz. Eine Subvention die vor allem dem Grosskonzern Nestlé dient.